

vollen Wort: „Ich lasse mich nicht länger als Schulbub behandeln.“

Im Fraktionsvorstand hatte der gelernte Jurist Kiesinger dargetan, daß Gerstenmaier und er im Sinne einer Geschäftsführung ohne Auftrag gehandelt hätten, als sie die für den 12. März terminierte außenpolitische Bundestagsdebatte unbefristet vertagten, ohne vorher Kanzler oder Fraktionschef zu fragen. Seit den letzten russischen Noten sei die außenpolitische Entwicklung zu unklar geworden, als daß man die Debatte mit notwendiger Sorgfalt hätte vorbereiten können. Schimpfte Adenauer: „Wenn wir jeden Bulganin-Brief abwarten wollten, dann könnten wir noch drei Monate warten. Sie haben der Autorität der Partei und der Gesamtfraktion schwer geschadet. Was meinen Sie, was der Herr Krone und ich für ein dummes Gesicht gemacht haben, als wir erst bei unserer Ankunft auf dem Bahnhof erfuhren, daß die Debatte verschoben worden sei. Aber ich bin ja schon dran gewöhnt, daß immer was los ist, wenn ich aus dem Urlaub zurückkomme.“

Am Donnerstag letzter Woche ließ der Kanzler im kleinen Kreis freilich offen, ob Gerstenmaier und Kiesinger nicht vielleicht doch recht gehandelt hätten. An diesem Tage waren nämlich Meldungen eingelaufen, daß die drei West-Außenminister die Möglichkeit in Betracht zögen, auf der Gipfelkonferenz mit den Russen vornehmlich über das Thema Abrüstung zu sprechen — wodurch die Bundesregierung gezwungen werden könnte, ihre bisher nachdrücklich vertretene Forderung an die Westmächte zu revidieren, daß die deutsche Frage in der einen oder anderen Form unter allen Umständen auf die Tagesordnung der Gipfelkonferenz gehöre.

Konrad Adenauer, seine alten und seine neuen Ratgeber waren einig, daß Bonn kein Veto einlegen dürfe, falls die Regierungschefs des Westens und des Ostens übereinkommen sollten, die Abrüstung als Hauptpunkt oder gar als einzigen Verhandlungspunkt zu wählen. Das doppelgesichtige Beharren, die deutsche Wiedervereinigung auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz zu placieren, hat denn auch praktisch nur noch den Wert eines Alibis.

Das gedankliche Niveau, auf dem der Kanzler dem Bundestag in dieser Woche jenen Eventualverzicht präsentieren will, war bereits aus der rätselhaften These herauszuhören, die Konrad Adenauer in der letzten Woche vor der CDU-Fraktion zum besten gab: „Mit der Sicherheit für die Menschen in Westdeutschland wird auch die Sicherheit für die Menschen in der Sowjetzone wiederhergestellt.“

Um trotzdem sicherzugehen, daß die Bundestagsdebatte nicht wieder zu einer Niederlage für die Christdemokraten wird, haben die Taktiker der Fraktion eine technische Nothilfe ausgetüftelt. In unmittelbarer Nähe der Regierungsbank soll ein sogenanntes Präsentbüro eingerichtet werden, in dem alle Unterlagen des Auswärtigen Amtes zur Einsichtnahme bereitgehalten werden. Solche Vorsichtsmaßnahmen sollen verhindern, daß die CDU noch einmal hilflos wie in der Dehler-Heinemann-Nacht den historisierenden Rechenexemplen der Opposition ausgesetzt ist, ohne gleich — mit Quellennachweis — zurückschlagen zu können.

Das Motto aber, unter dem die Christdemokraten vor dem Hohen Haus in Bonn und vor den Ohren der Radiohörer ihre Politik demonstrieren wollen, stammt unverwechselbar von Kanzler Adenauer: „Wir müssen ganz massiv werden. Auf politische Filigranarbeit kommt es nicht an.“

FRIEDENSVERTRAG

Die Phantasie der Geschichte

Hand in Hand versuchten in der letzten Woche christdemokratische Parlamentarier und amerikanische Diplomaten in Bonn einen politischen Plan zu töten, dem der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zum Leben verholten hat: den Plan, bei der nächsten ost-westlichen Gipfelkonferenz müsse über die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages verhandelt werden.

In einer Sitzung des außenpolitischen Bundestagsausschusses bemühte sich Außenminister Heinrich von Brentano nachzuweisen, daß die Sowjets mit Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag nur die völkerrechtliche Anerkennung Pankows erreichen wollten. Moskau wolle einen Friedensvertrag mit beiden deut-



Fraktionsmitglied Kiesinger
Dumme Gesichter am Bahnhof

schen Staaten, aber keinen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland abschließen.

Während der Sitzung suchte Brentano verzweifelt Hilfe bei seinen Referenten, um eine amtliche sowjetische Erklärung zu finden, die seine Behauptung stützen könnte. Er suchte vergebens. Die Meinung, die Sowjet-Regierung wünsche zwei Friedensverträge mit den beiden deutschen Regierungen, stammt nämlich nicht aus einer amtlichen sowjetischen Erklärung, sondern aus den Mitteilungen des Kanzlers über sein letztes Gespräch mit dem Sowjet-Botschafter Smirnow.

Selbst CDU-Politiker zweifeln daran, daß Konrad Adenauer dieses Gespräch richtig wiedergegeben habe; denn der Sowjetmensch hat in Gesprächen mit Politikern der Opposition angedeutet, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten vielleicht neue Wege für eine Wiedervereinigung eröffnen, auf denen auch eine gesamtdeutsche Regierung zustande käme, die den Friedensvertrag annehmen würde.

Den Amerikanern ist eine solche Aussicht äußerst unangenehm. Auf jeden Fall müßte bei Friedensvertragsverhandlungen nämlich die Bündnisfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands zur Diskussion gestellt werden. Die Amerikaner sind aber nicht bereit, ihre Raketen- und Militärbasis Westdeutschland jetzt in Frage zu stellen. Sie sind sich darin mit der Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig, die meint, nur durch amerikanische Truppen könne die Sicherheit Westdeutschlands garantiert werden.

Dieser Auffassung wegen haben sich die Amerikaner unter den Ovationen der Bundestagsmehrheit seit zehn Jahren mit den Sowjets auf keine Diskussion über einen deutschen Friedensvertrag — also den Status eines wiedervereinigten Deutschlands — eingelassen.

Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.

Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte „zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird.“

Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der „nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten“ solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle „eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden“.

England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: „Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen.“ Außerdem: „Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen.“ Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzediert worden seien.

Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:

- ▷ Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.
- ▷ Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschie-

bungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege mußten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.

- ▷ Polen wünschte, daß die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.
- ▷ Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.
- ▷ Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.
- ▷ China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.
- ▷ Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.
- ▷ Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.
- ▷ Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die „Luxemburger Sprache“.
- ▷ Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.
- ▷ Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren — vornehmlich Tabak — einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem „Prager Fenstersturz“ des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein. Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufrichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab.

Auch in dem 1952er Notenwechsel zwischen den Sowjets und den Westmächten über Deutschland, den zu zitieren heute zum guten Ton Bonner parlamentarischer



Verkehrs-Kontrolle

The Manchester Guardian

Debatten gehört, drückten sich die Westmächte auf fast groteske Weise um eine Meinungsäußerung herum. Um die Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern, hatten die Sowjets vorgeschlagen, man solle gleichzeitig über drei Fragen verhandeln:

- ▷ einen Friedensvertrag, also den äußeren Status,
- ▷ die Wiedervereinigung Deutschlands,
- ▷ die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen.

Die Sowjets präsentierten einen Friedensvertragsentwurf, der deutsche Bündnisfreiheit vorsah, sich auch sonst ganz akzeptabel las und meinten: „Die Sowjet-Regierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen.“

Indes, die Westmächte schrieben in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952: „Nach ihrer (der Westmächte) Ansicht wird es nicht möglich sein, sich auf ins einzelne gehende Diskussionen über einen Friedensvertrag einzulassen, bis die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen sind und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist.“

Die westliche Spekulation war klar: Freie Wahlen würden das Regime der Sowjetzone wegfegen, was die Sowjets als Vorleistung, ehe überhaupt eine Friedensvertragsdiskussion beginnen sollte, schwerlich akzeptieren konnten. Also mußte es beim Status quo bleiben.

Die Sowjets versuchten, sich trotzdem ein Bild von den westlichen Friedensver-

tragsvorstellungen zu machen und antworteten am 9. April 1952: „Die Regierung der USA hat sich nicht einverstanden erklärt, die Erörterung dieses (Friedensvertrags-)Entwurfs aufzunehmen... Die Sowjet-Regierung schlägt... erneut vor, die Erörterung eines Friedensvertrages... aufzunehmen.“

Die Westmächte antworteten unter dem 13. Mai 1952 unbeirrt: „Es ist... nicht möglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt Besprechungen über die Bestimmungen eines deutschen Friedensvertrages abzuhalten.“

Die Sowjets bohrten am 24. Mai weiter: „Ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten“ wollten sie „zur gemeinsamen Beratung schreiten“.

Die Westmächte — hier England — antworteten am 10. Juli gleichlautend: „In ihrer Note schlägt die sowjetische Regierung wiederum gleichzeitige Besprechungen über einen Friedensvertrag, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor. Ihrer Majestät Regierung ihrerseits vertritt weiterhin ihren Standpunkt in dieser Frage, nämlich den, daß eine gesamtdeutsche Regierung an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilnehmen muß, und daß daher Deutschland vereinigt und eine gesamtdeutsche Regierung gebildet sein muß, bevor solche Verhandlungen aufgenommen werden können.“ Im übrigen müsse erst einmal durch eine internationale Kommission geprüft werden, ob in der Sowjetzone überhaupt freie Wahlen möglich sind.

Noch einmal, am 23. August 1952, stießen die Sowjets nach: „Die Sowjet-Regierung ist... bereit, auf einer Vier-Mächte-Kon-

ferenz die von den Regierungen der drei Mächte vorgeschlagene Frage der Kommission zur Untersuchung der Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu erörtern.

„Die Sowjet-Regierung ist dabei jedoch der Ansicht, daß sich die Konferenz nicht auf die Erörterung nur dieser Frage beschränken kann und darf. Die Sowjet-Regierung hält es für erforderlich, daß diese Konferenz in erster Linie so wichtige Fragen behandelt wie die des Friedensvertrages mit Deutschland und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung.“

Die Antwort vom 23. September 1952: „Die amerikanische Regierung sucht auch weiterhin einen Weg zur Beendigung der Teilung Deutschlands. Dieses Ziel wird durch vorzeitige Erörterungen über einen Friedensvertrag mit einem noch geteilten Deutschland ohne eine einheitliche Regierung nicht erreicht werden.“

Erfolgreich hatten die Westmächte das Geheimnis gehütet, was ihrer Ansicht nach in einen deutschen Friedensvertrag gehöre,

zung der gegenwärtigen kommunistischen Diktatur und der sowjetischen Besetzung ermöglichen müßten.“

Die Westmächte konnten der Unterstützung dieser Konzeption durch die Bonner Regierungsparteien absolut sicher sein — bis der zweite Mann im Staate und stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundestagspräsident Gerstenmaier, empfahl, die Viermächtediskussion über einen deutschen Friedensvertrag, die 1948 bei der Spaltung der Welt fruchtlos abgebrochen worden war, wiederaufzunehmen und unter den neuen Verhältnissen fortzuführen.

Weil — folgte man Gerstenmaiers Vorschlag — mit den Sowjets und im Deutschen Bundestag unweigerlich über die amerikanischen Militärbasen in Westdeutschland gesprochen werden müßte, was den Amerikanern ein unerfreulicher Gedanke ist, mühten sich linientreue Christdemokraten, Gerstenmaiers Friedensvertragsidee mit dem Hinweis zu erledigen, daß dann ja auch die Frage der deutschen Ostgrenze behandelt werden müßte. In der Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch

BEAMTE

Im Jahr zwei Bataillone

Die Einzelpläne zum Bundeshaushalt 1958/59, die — in schwarzen Aktendeckeln gebündelt — den Mitgliedern des Bundestags - Haushaltsausschusses demnächst ausgehändigt werden, wiegen fast vier Kilo. Für das anscheinend unaufhaltsame Anwachsen der Bürokratie im Bonner Verwaltungsstaat liefern sie noch einen zweiten gewichtigen Beweis: Die Stellenpläne der Bundesministerien verzeichnen einen Beamten-Nachschub in doppelter Bataillonsstärke — insgesamt 970 Mann.

Von diesen fast tausend neuen Beamtenstellen entfallen knapp zweihundert auf das Bundesverteidigungsministerium, dessen Planstellen-Zuwachs mit dem Ausbau der westdeutschen Streitmacht einigermassen hinreichend erklärt werden kann. Unter dem Titel „Soldaten und Wehrpflichtige“ nennt der Einzelplan für das neue Haushaltsjahr eine Sollstärke von 230 500 Mann, gegenüber 195 000 im letzten Wehretat. Allein 45 Generale und Admirale sowie 1588 Stabsoffiziere zählen zu diesen militärischen Neulingen des Ressorts Strauß.

Aber auch das zivile Wirtschaftsministerium will seinen Beamtenstab vergrößern. Erhard fordert 64 neue Planstellen an. In den Erläuterungen seines Einzelplanes heißt es, dieser Zugang sei hauptsächlich für die neugeschaffene Europa-Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium erforderlich. Zu Zeiten des inzwischen aufgelösten Marshallplan-Ministeriums wurden europäische Wirtschaftsfragen von rund vierzig Beamten bearbeitet. Allerdings kann Erhards Stellenplan auch einen Posten als „Abgang infolge Einsparung“ vermelden.

Das Auswärtige Amt beansprucht 65 neue Planstellen für Beamte und 53 Angestellten-Plätze. Diese Zahlen decken nur den neuen Bedarf des Ministeriums zu Hause. Für Auslandsposten werden zusätzlich sieben Beamte, 54 Angestellte und diverse Hilfskräfte angefordert.

Die Einzelpläne der Bundesministerien enttuschen vor allem jene Parlamentarier, die sich von einem neuen Geschäftsverteilungsplan für einige Sachgebiete die Rationalisierung erhofften, die Bundeskanzler Adenauer nach der letzten Bundestagswahl in seiner Regierungserklärung angekündigt hatte. Nachdem das Bundesfinanzministerium im letzten Herbst eingerichtet worden ist, sind die Arbeitsgebiete „Bundesbeteiligungen“, „Liegenschaften“ und „Bundesbauverwaltung“ aus der Kompetenz des Finanzministers Etzel in die des Schatzministers Lindrath gegeben worden. Etzels Einzelplan verzeichnet denn auch, daß 96 seiner Beamten nunmehr zum Hause Lindrath gehören.

Das Bundesfinanzministerium glaubt jedoch, gestützt auf Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung, nun keineswegs auf die Verwaltungstätigkeit in diesen Bereichen ganz verzichten zu können. Mit zwei Sachbearbeitern bleibt vom Spezialgebiet „Bundesbeteiligungen“ zwar nur eine kleine Nachhut im Finanzressort zurück. Als Gegenstelle zu den korrespondierenden Referaten im Hause Lindrath wird aber im Hause Etzel unter der Bezeichnung „Förderungsmaßnahmen Inland“ ein neues Referat ausgebaut. Anderen Finanzministerialen, die infolge der Kompetenz-Einbuße ihres Hauses arbeitslos würden, werden als neues Arbeitsgebiet „Fragen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ zugeteilt, für die sich das Finanzministerium künftig stärker interessieren will.

Schließlich siedeln 23 Beamte aus dem Hause Etzel in das Bundesinnenministerium über. Sie arbeiteten bisher zusammen mit



Friedensvertrags-Planer Bevin, Marshall, Molotow, Bidault: Diskussionsschluß vor zehn Jahren

und inzwischen den General- und den EVG-Vertrag mit Westdeutschland geschlossen.

Wie der Westen sich allenfalls eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen könne, hat Präsident Eisenhower nach dem Sowjetzonen-Aufstand vom 17. Juni 1953 an Konrad Adenauer geschrieben:

„Es war seit langem meine Überzeugung, daß die Stärkung der Bundesrepublik durch Annahme der EVG, des Deutschlandvertrages und durch weitere Fortschritte bei der Integration Europas die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nur fördern kann dadurch, daß sie die Anziehungskraft dieses blühenden Westdeutschland gegenüber der Sowjetzone erhöht, eine Anziehungskraft, die bereits durch den stetigen Zustrom von Flüchtlingen in den letzten Monaten sowie durch die am 17. Juni begonnenen Demonstrationen bewiesen wurde.“

„Dieser wachsende Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, letzteres mit seinem bankrotten Regime und seiner verarmten Wirtschaft, wird auf die Dauer Bedingungen schaffen, die die Liquidie-

letzter Woche meinte Kurt-Georg Kiesinger, die Lage für eine Diskussion der Grenzfrage sei noch nie so schlecht gewesen wie heute: „Wir müssen es der Phantasie der Geschichte überlassen, daß sie eine bessere Lösung findet als wir.“

Brummte der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner: „Was muten Sie der Geschichte eigentlich alles zu?“ Außenminister Heinrich von Brentano antwortete: „Wir wünschen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland mit einem freien Polen ohne Gewalt diese Frage regelt.“ Wie jedoch eine solche Situation herbeizuführen sei, darüber schwieg sich Heinrich von Brentano aus.

Der Kanzler entschied, es sei mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht opportun, den deutschen Friedensvertrag international zu erörtern. Bundestagspräsident Gerstenmaier dagegen ist trotz allem nicht bereit, seine Idee, die deutsche Frage unter dem Stichwort „Friedensvertrag“ wieder ins internationale Spiel zu bringen, auf immer zu verbannen.

Er erklärte: „Ich stehe zu jedem Wort, das ich in meinem SPIEGEL-Gespräch gesagt habe. Ich würde mich gern von besseren Plänen überzeugen lassen, aber ich habe noch keine gehört.“